

# Die Deindustrialisierung der BRD geht weiter

[NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen \[2\]](#)

NAEB 2423 am 11. November 2024

## **Die Maßnahmen zur Rettung der deutschen Industrie müssen erfolglos bleiben, solange die Energiewende zur Weltklimaretung die Politik bestimmt.**

Die Hiobs-Botschaften häufen sich. Fast alle Betriebe der Auto- und Chemieindustrie und viele weitere Branchen melden Umsatzverluste und Gewinneinbrüche. Sie wollen Standorte schließen und zehntausende Mitarbeiter entlassen, weil die Produktion in der Bundesrepublik Deutschland weit davon entfernt ist, wettbewerbsfähig zu sein. Hauptgrund sind zu hohe Energiekosten durch die Energiewende. Hinzu kommt, dass die Energieversorgung immer unsicherer wird. Die teure Zufallsenergie von Wind- und Solaranlagen kann kein Industrieland sicher versorgen. Mit der geplanten Schließung der Braunkohlekraftwerke wird die Nutzung des letzten heimischen Energieträgers aufgegeben. Sichere Energie muss die Bundesrepublik Deutschland dann vollständig importieren und wird so leicht erpressbar. Die Industrie braucht preiswerten Strom, der verlässlich rund um die Uhr verfügbar ist. Daher verlegen Firmen, die noch genügend Kapital haben, ihre Produktion in Länder mit einer preiswerten und sicheren Energieversorgung.



Ohne Energie gibt es keine Industrie und keinen Wohlstand [1]

## **Energie vervielfacht Leistung**

Energie ist der Schlüssel zum Wohlstand. Der Mensch ist ein schwaches Wesen. Seine Leistung liegt bei 100 Watt. Ein Kilowatt ersetzt die Leistung von 10 Menschen. Diese Leistung steht im Mittel jedem Einwohner in der Bundesrepublik Deutschland rund um die Uhr als Strom zur Verfügung. Das heißt, jeder Stromkunde verfügt mit der Nutzung von Strom über zehn "Arbeitsklaven". In den USA sind es über zwanzig. China hat inzwischen europäische Werte erreicht. Hinzu kommt die Leistung aus Treib- und Brennstoffen.

Wohlstand kann nur gehalten und vermehrt werden durch mehr Energie, die Geräte und Maschinen antreibt und Arbeitskräfte ersetzt. Diese Energie muss bezahlbar und jederzeit verfügbar sein. Nur so können soziale Lasten, Renten und Pflegekosten geschultert werden. Auch die Industrie braucht für eine wettbewerbsfähige Produktion mehr preiswerte Energien, die Maschinen mit größerer Leistung und wachsender Automatisierung antreiben.

Hohe Energiekosten und schwankende Verfügbarkeit sind Gift für den erreichten Wohlstand. Die Energiewende zeigt das immer deutlicher. Seit mehr als 15 Jahren wandert Industrie aus der Bundesrepublik Deutschland ab. Dies wird deutlich, wenn man sich die Reinvestitionsquote ansieht. Das sind die Investitionen geteilt durch die Abschreibungen in Prozent. Die Quote liegt seit vielen Jahren bei 90 Prozent. Das heißt, zehn Prozent der Anlagen wurden außer Betrieb gesetzt. Stattdessen wurde im Ausland investiert. Durch die Ampelpolitik ist die Quote auf fast null gesunken. Die Industrie wagt keine Investitionen mehr in der Bundesrepublik Deutschland.

## **Subventionen retten keine Industrie**

Mit Subventionen will Bundeswirtschaftsminister Habeck wieder Investitionen anregen. Die Chip-Fabriken in Dresden und Magdeburg sind ein Beispiel. Für den Bau der Fabriken wurden viele Milliarden Euro an Subventionen bereitgestellt. Doch trotz der hohen staatlichen Zuschüsse konnten die investitionswilligen Firmen keine ausreichende Rendite mit den hohen und unsicheren Energiekosten in der Bundesrepublik Deutschland errechnen. Sie haben ihre Ansiedlungspläne wieder zurückgezogen.

Investitionen in Produktionsbetriebe sollten grundsätzlich mit privatem Kapital finanziert werden. Damit übernehmen die Kapitalgeber auch das Risiko von Verlusten. Minister, die mit Subventionen die Industrie stützen und erhalten wollen, gehen dagegen kein Risiko bei falschen Entscheidungen ein. Sie entscheiden, ohne zu haften.

## Klimaprojekte ohne Erfolgskontrolle

Bei vielen mit Steuern finanzierten Projekten zur Energiewende und zur Weltklimarettung ist dies der Fall. Geld fließt auf Antrag der Projektträger. Eine Kontrolle über die Verwendung und den Erfolg des Projektes bleibt in vielen Fällen aus. Das hat der Bundesrechnungshof mehrfach festgestellt und bemängelt. So wird Steuergeld verschleudert. Die zuständigen Minister sind frei von jeglicher Haftung.

## Energieverbrauch zur Klimarettung

Der bisherige Bundesfinanzminister Lindner hat in einem Positionspapier die Lage in der Bundesrepublik Deutschland recht schonungslos dargestellt. Danach sind viele Gesetze überflüssig. Sie binden Fachkräfte in den Firmen für fragwürdige Dokumentationen, vergrößern die Behörden und schränken die freie Entscheidung immer mehr ein. Das gilt laut Lindner auch für die Energie- und Klimapolitik. Doch er will trotzdem die Energiewende zur Weltklimarettung, wenn auch mit Abstrichen, beibehalten. Er will vor allem die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas verringern, ohne die Nutzung von Kohlenwasserstoffen einzuschränken. Das CO<sub>2</sub> soll aus dem Abgas separiert und unterirdisch langfristig gespeichert werden (CCS: Carbon Capture and Storage). Das Verfahren verbraucht knapp die Hälfte des erzeugten Kraftwerkstroms. Es ist ein Beispiel für zusätzlichen Energieverbrauch statt Energienutzung.

Viele Projekte der Energiewende verursachen zusätzlichen Energieverbrauch. Am größten ist er bei grünem Wasserstoff als Energieträger. Wird Wasserstoff mit Windstrom erzeugt, gespeichert und bei Bedarf in Gaskraftwerken wieder verstromt, gehen 80 % des eingesetzten Windstroms verloren. Die Vergütungskosten von knapp 10 Cent/kWh für den Windstrom steigen auf 50 Cent für den nach der Speicherung wieder erzeugten Strom. Weiter muss Strom exportiert werden, wenn zu viel erzeugt wird. Sonst wird das Netz überlastet. Die vielen Wind- und Solaranlagen erzeugen bei Sonnenschein und Starkwind bereits jetzt Überschussstrom, der zunächst nach dem EEG teuer vergütet und dann kostenpflichtig exportiert wird (negative Börsenpreise). Bis Ende Oktober 2024 war dies während 498 Stunden der Fall. Mit jeder weiteren Wind- und Solaranlage muss mehr Strom exportiert werden. Das Speichern von Strom erzeugt hohe Verluste. Ausreichende Stromspeicher sind unbekannt.

## Keine Kehrtwende in der Energiepolitik

Herr Lindner und die CDU mit Herrn Merz an der Spitze wollen weiter mit der Energiewende das Klima retten. Eine Kehrtwende in der Energiepolitik ist daher unabsehbar, wenn Herr Merz die Regierung übernimmt. Die einzige Partei im Bundestag, die die Energiewende beenden will, ist die AfD. Auch die Neugründungen WerteUnion und BSW tendieren beim Thema Energieversorgung in Richtung der etablierten Parteien. In der derzeitigen politischen Landschaft wird es daher eine Fortführung der Energiewende geben, die die Deindustrialisierung weiter treibt und Wohlstand vernichtet.

Eine realistische Energiepolitik kann nur auf preiswerten und jederzeit verfügbaren heimischen Energieträgern beruhen. Braunkohle ist noch für viele Jahrzehnte vorhanden. Sie muss weiter zur Stromerzeugung genutzt werden. Statt Braunkohlekraftwerke zu schließen, müssen sie ausgebaut werden. Weiter müssen durch Fracking die Öl- und Gasvorkommen im Schiefergestein der Bundesrepublik Deutschland erschlossen werden. Dann muss nur noch Steinkohle importiert werden, die auf der ganzen Erde reichlich vorhanden ist. Nur so kann wieder eine bezahlbare und sichere Energieversorgung erreicht werden, die die Deindustrialisierung stoppt und die Bundesrepublik Deutschland wieder wettbewerbsfähig macht.

## Die Forderungen des Stromverbraucherschutzes NAEB

1. Klimawandel hinnehmen: EE-Strom aus Sonne, Wind und Biogas samt EEG beenden
  2. Nord-Stream reparieren, weiterhin Erdgas statt Wasserstoff (H<sub>2</sub>) nutzen
  3. Weiterhin Kohlestrom nutzen, Kraftwerke reaktivieren, keine CO<sub>2</sub>-Langzeitspeicherung
  4. CO<sub>2</sub>-Abgabe beenden, Klimaschutzgesetz aussetzen, Klimafonds und Transformationsfonds auflösen
  5. kein Heizungsverbot, kein Wärmepumpenzwang, Wärmeschutzverordnung von 1995
  6. E- / Bio-Fuels und Batterie-Kfz-Mobilität stoppen
- Diese sechs Aktionen gegen Ampel und CDU/CSU per AfD durchsetzen

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel  
Pressesprecher NAEB e.V.i.L. Stromverbraucherschutz

[www.NAEB.info](http://www.NAEB.info) und [www.NAEB.tv](http://www.NAEB.tv)

[1] Bildquelle: 1600Stock-industry-99964bd71f173032fc00dc13

[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

## Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG, Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaire ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaire statt. NAEB klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

## Vereinskontakt

Heinrich Duepmann  
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.i.L.  
Georg-Büchner-Weg 3  
33335 Gütersloh  
Fon 0171 336 4683  
info at NAEB.info  
[www.NAEB.info](http://www.NAEB.info)

## Pressekontakt

Hans Kolpak  
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.i.L.  
Georg-Büchner-Weg 3  
33335 Gütersloh  
Fon 0171 336 4683  
Hans.Kolpak at NAEB.info  
[www.NAEB.tv](http://www.NAEB.tv)

